

Titel

Der Wirtschaftskrise mit Vertrauen in gesellschaftliche und politische Akteure trotzen

SCHLUSSBERICHT ZUM ALLGEMEINEN TEIL DES
SORGENBAROMETERS 2009 IM AUFTRAG VOM
BULLETIN DER CREDIT SUISSE

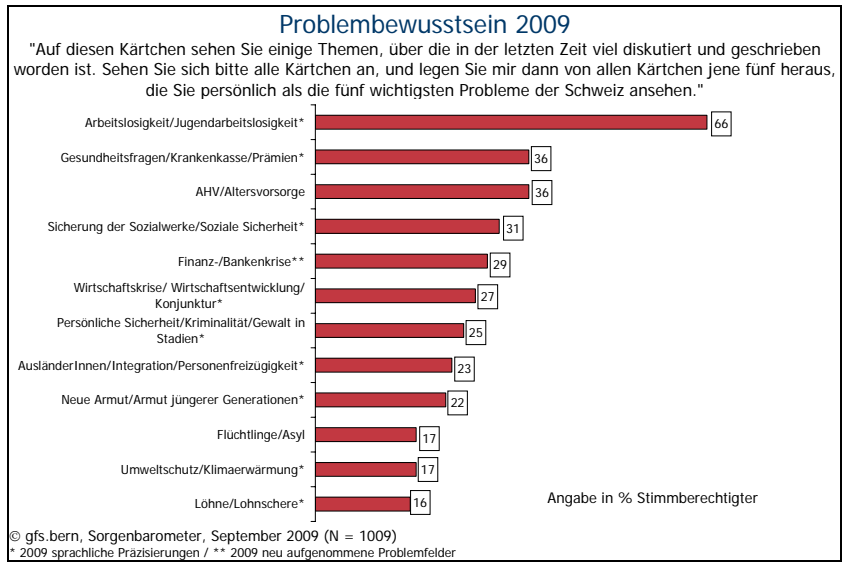
Claude Longchamp, Senior-Projektleiter
Lukas Golder, Senior-Projektleiter
Laura Kopp, Projektleiterin
Stephan Tschöpe, Projektassistent
Silvia Ratelband-Pally, Administration



Das Wichtigste in Kürze

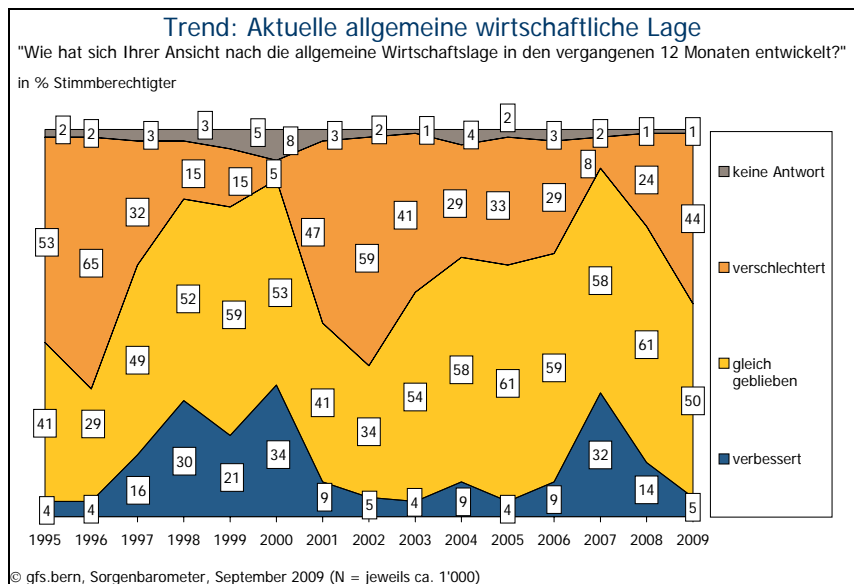
Unabhängig davon, wie es um die wirtschaftliche Situation der Schweiz steht: Arbeitslosigkeit ist und bleibt in der Einschätzung der Befragten das wichtigste Problem. Die in Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise erwartete Zunahme der Arbeitslosenquote führt dazu, dass die Thematik andere Probleme etwas in den Schatten stellt.

Grafik 1:



Gesundheits- und sozialpolitische Themen bleiben in den vorderen Rängen der Problemrangierung. An fünfter Stelle befindet sich neu die Finanz- und Bankenkrise. Damit einher geht auch die Beurteilung der politischen Ziele. Das wirtschaftspolitische Ziel wirtschaftliches Wachstum ist 2009 wichtiger als in früheren Jahren.

Grafik 2:



Bisher keine grossen Auswirkungen hat die Wirtschaftskrise auf die individuelle wirtschaftliche Situation. Sie wird mehrheitlich als gut eingeschätzt. Es zeigen sich erste, minderheitliche Bedenken, was die Zukunft betrifft. Der Anteil Personen, die mit einer Verschlechterung der eigenen Lage rechnen, nimmt innert Jahresfrist zu. Anders präsentiert sich die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage. Deutlich mehr Stimmberechtigte gehen

aktuell davon aus, dass sich die Situation verschlechtert hat. Für die Zukunft wird aber kein allzu düsteres Bild gemalt. Mehrheitlich wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaftslage stabil bleibt. Oder anders betrachtet: Ein gewisses Vertrauen in die Wirtschaft ist nach wie vor vorhanden.

Anders sieht es in Bezug auf wirtschaftliche Akteure, genauer in Bezug auf die Banken, aus. Nach 2008 verlieren sie erneut etwas an Vertrauen. Dafür wirken politische Akteure, allen voran der Nationalrat, vertrauenswürdiger. Nicht wirtschaftliche, sondern politische Akteure scheinen als Garanten für einen Ausweg aus der Krise betrachtet zu werden.

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	1
1.1 FRAGESTELLUNGEN	1
1.2 DIE DATENBASIS.....	2
2. BEFUNDE	4
2.1 ÜBERSICHT	4
2.2 PROBLEMBEWUSSTSEIN.....	4
2.2.1 Gegenwärtiges Problembewusstsein.....	4
2.2.2 Problembewusstsein im Zeitvergleich.....	6
2.3 POLITISCHE ZIELE DER SCHWEIZ.....	8
2.4 WIRTSCHAFTLICHES UMFELD	9
2.4.1 Individuelle wirtschaftliche Situation	9
2.4.2 Allgemeine Wirtschaftslage	11
2.4.3 Wirtschafts- und Politikversagen	13
2.5 VERTRAUEN IN POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND GESELLSCHAFTLICHE AKTEURE	15
2.6 EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT: ERWARTETE PROBLEME	17
3. SYNTHESE	19
3.1 REKAPITULATION DER FRAGESTELLUNGEN.....	19
3.2 REKAPITULATION DER ERGEBNISSE	19
3.3 THESEN	20
4. ANHANG: DAS GFS.BERN TEAM	22

1. Einleitung

1.1 Fragestellungen

Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch ihre Fähigkeit aus, sich selber zu beobachten. Eine Voraussetzung dafür ist die Mediengesellschaft. Öffentlichkeit ist nicht mehr nur die Begegnung auf dem Markt oder die Versammlung von Gesinnungsgenossen; Öffentlichkeit wird vielmehr massenmedial hergestellt. Sie repräsentiert eine zweite Realität, die untersucht werden kann. Dies ist denn auch in hohem Masse die Basis, auf der die Selbstreflexion moderner Gesellschaften geschieht, denn nirgendwo anders ist der Überblick so gut und die Analyse so leicht wie hier.

Bei dieser Art von Öffentlichkeit handelt es sich um hergestellte Öffentlichkeit, deren Bildung eigengesetzlich erfolgt. Die Medienrealität ist sowohl objektiv als auch selektiv, weshalb sie durch andere Konstrukte gespiegelt werden muss.

Zu den weiteren Produkten der selbstreflexiven Berichterstattung ausserhalb der Massenmedien zählt im Speziellen die Umfrageforschung. Um es gleich vorwegzunehmen: Auch die Umfrageforschung ist objektiv-selektiv. Doch sie wählt anders aus: Sie vermittelt ein Bild der Befindlichkeit der Bürgerinnen und Bürger, egal ob sich diese in öffentlichen Meinungen ausdrückt oder nicht. Sie zeigt, wie sich Menschen verhalten, was sie denken, wie sie sich informieren und welche Schlüsse sie daraus in einer konkreten Situation ziehen.

So hergestellte Konstrukte des gesellschaftlichen Lebens sind für sich und im Idealfall kombiniert nebst der eigenen Erfahrung die wichtigste Referenz für die Politik, wenn sie allgemein verbindliche Entscheidungen trifft. Die Politik will wissen, ob das, was sie regelt, für die Menschen, für Bürgerinnen und Bürger sowie für Wählende von Belang ist, ob sie es unterstützen oder ob sie es ablehnen, und ob sie Entschlüsse auch akzeptieren und einhalten. Das Interesse an den Meinungen der Bürgerinnen und Bürger kann sowohl indirekt, vermittelt durch Massenmedien, als auch direkt, kommuniziert durch Demoskopie, sein.

Das Forschungsinstitut gfs.bern geht mit dem Sorgenbarometer genau diesen Weg:

- Von Interesse ist, was den Stimmberechtigten wichtig ist, wenn sie an mögliche Probleme des Landes denken.
- Von Belang ist, wo die Bürgerinnen und Bürger Prioritäten setzen würden, wenn sie Dringliches von weniger Dringlichem unterscheiden.
- Im Zentrum des Interesses stehen auch die Hierarchien im Problembewusstsein.

Auf den Punkt gebracht verfolgt die Studie das Ziel, den politischen Problemhaushalt der Bürgerinnen und Bürger kennen zu lernen.

Das Sorgenbarometer versteht sich als Monitor der Meinungen der Bürgerinnen und Bürger, also der stimmberechtigten Menschen in der Schweiz. Seine Definition lautet:

Das Sorgenbarometer ist ein demoskopisches Informationssystem zur Beobachtung der BürgerInnen-Meinungen in der Schweiz über politisch prioritäre Probleme und ihre Entwicklungen. Die Bürgerschaft wird mit der stimm- und wahlberechtigten Bürgerschaft gleich gesetzt.

Monitoren ist eigen, dass sie auf Zeit angelegt sind. Sie sammeln nicht nur momentane Stimmungslagen und Meinungen, sondern ermitteln auch längerfristig gültige Trends in Einstellungen und Verhaltensweisen. Dies wird nicht zu allen Themen gemacht, sondern meist zu einer spezifischen Fragestellung. Beim Sorgenbarometer stehen seit über zehn Jahren drei mehr oder weniger konstante Fragestellungen im Zentrum. Sie lauten:

- Was sind die wichtigsten, was sind die dringendsten Sorgen, welche die Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz haben?
- Wie nehmen sie das wirtschaftliche Umfeld wahr?
- Wie beurteilen sie die gesellschaftlichen und politischen Institutionen?

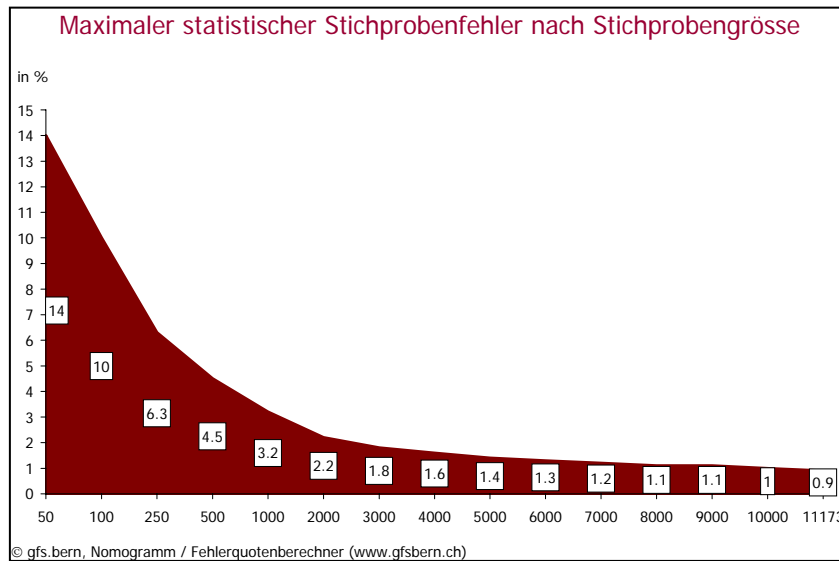
Diese Fragen bilden auch das Rückgrat der Berichterstattung zum Sorgenbarometer 2009. Da das Sorgenbarometer bereits seit 1995 in der heute gültigen Form erstellt wird, können systematische Vergleiche gemacht werden.

1.2 Die Datenbasis

Grundlage des Sorgenbarometers ist eine jährliche Befragung der Stimmberechtigten in der ganzen Schweiz. Die Daten werden mittels persönlicher Interviews (so genannter face-to-face-Interviews) erhoben. Die Interviews wurden zwischen 24. August und 12. September 2009 durchgeführt. Insgesamt wurden 1'009 repräsentativ ausgewählte Personen befragt.

Angaben aus repräsentativen Stichprobenerhebungen unterliegen einem statistischen Stichprobenfehler. Dieser resultiert daraus, dass man nur einen systematisch ausgewählten Teil und nicht alle Mitglieder der Grundgesamtheit befragt hat. Dabei gilt: Je mehr Mitglieder der Grundgesamtheit interviewt werden, desto mehr nähert sich das Befragungsergebnis dem Resultat in der Bezugsgruppe an. Die Annäherung wird allerdings immer langsamer, je mehr Interviews realisiert werden. Aufgrund des abnehmenden Grenznutzens wird die Entscheidung für die zu realisierende Zahl Interviews anhand Aufwand- und Ertrag-Abwägungen gefällt. Im Falle des Sorgenbarometers liegt sie bei 1'000 Befragten. Der so verbleibende statistische Stichprobenfehler beträgt +/- 3.1 Prozentpunkte. Das heisst nichts anderes, als dass ein Wert, der mit 50 Prozent angegeben wird, (mit 95%-iger Wahrscheinlichkeit) zwischen 46.9 und 53.1 Prozent liegt. Maximale Abweichungen sind dabei unwahrscheinlich, minimale wahrscheinlicher.

Grafik 3:



Die Interviews wurden vom gfs-Befragungsdienst realisiert. Zum Einsatz kamen rund 40 instruierte Befragterinnen und Befragter, welche die persönlichen Interviews vor Ort realisierten. Die Fragebogen beinhalteten sowohl die im vorliegenden Bericht vorgestellten Fragestellungen als auch jene, die für den Spezialteil des Sorgenbarometers zum Bild der Schweiz formuliert sind. Beides wurde miteinander befragt. Die Interviews dauerten ca. 60 Minuten.

Die Datenanalyse erfolgte nach den üblichen statistischen Grundsätzen. Die Kommentierung von Abweichungen innerhalb des Stichprobenfehlers ist sehr zurückhaltend. Damit wird der Möglichkeit falscher Schlussfolgerungen Rechnung getragen. Der Zusammenhang zwischen zwei Variablen wird doppelt bestimmt: Zunächst mit Signifikanztests, dann mittels Korrelationsanalysen. Ersteres sagt, ob von einem Zusammenhang im statistischen Sinne überhaupt gesprochen werden darf. Zweites legt nahe, wie stark ein existierender Zusammenhang ist. Werden gleichzeitig mehrere Einflussfaktoren getestet, wird die Regressionsanalyse eingesetzt. Diese quantifiziert die Einflüsse der einzelnen Faktoren auf ein Ergebnis.

Um der aktuellen wirtschaftlichen Situation und dem internationalen Umfeld, in dem sich die Schweiz momentan befindet, besser Rechnung tragen zu können, wurde der Fragebogen des Sorgenbarometers leicht angepasst. Dies bezieht sich zum einen auf die möglichen Problemfelder und wahrgenommenen Stärken/Schwächen der Schweiz. Hier wurden neben möglichen aktuellen Problemen (z.B. Benzin-/Erdölpreis, Börsenkrise, Finanz-/Bankenkrise, religiöser Fundamentalismus, Bankkundengeheimnis, Seuchen) weitere Präzisierungen der bestehenden Probleme vorgenommen (z.B. Ergänzung der Wirtschaftsentwicklung um die Begriffe Wirtschaftskrise und Konjunktur). Zum anderen wurden neue Fragen zum Image der Schweiz und zum Verhalten der Schweizer Politik im Ausland formuliert.

2. Befunde

2.1 Übersicht

Das erste Kapitel der Befunde richtet den Fokus auf das Problembewusstsein der Stimmberechtigten. In Zentrum stehen die Gegenwart und die bisherige Entwicklung der Einschätzungen. Im zweiten Kapitel wird die Bedeutung der Ziele der Schweizerpolitik beleuchtet. Zudem werden die individuelle wirtschaftliche Situation sowie die allgemeine Wirtschaftslage ins Zentrum des Interesses gerückt. Ferner werden die Erkenntnisse in Hinblick auf das Vertrauen der Stimmberechtigten in verschiedene Akteure wiedergegeben. Die Erläuterung der Befunde schliesst mit einem Blick in die Zukunft, genauer mit den künftig erwarteten Problemen.

2.2 Problembewusstsein

2.2.1 Gegenwärtiges Problembewusstsein

Wie in den vergangenen Jahren ist und bleibt die Arbeitslosigkeit für die Schweizer Stimmberechtigten auch 2009 das wichtigste Problem. Aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage und den Prognosen für künftige Arbeitslosenquoten erstaunt es nicht, dass dieses Thema alle anderen dominiert und auf die hinteren Ränge verdrängt.

Grafik 4:



Der Arbeitslosigkeit folgt ein Themenblock rund um das Gesundheits- und Sozialversicherungswesen. Namentlich gehören dazu Gesundheitsfragen/Krankenkasse/Prämien, AHV/Altersvorsorge und Sicherung der Sozialwerke/Soziale Sicherheit.

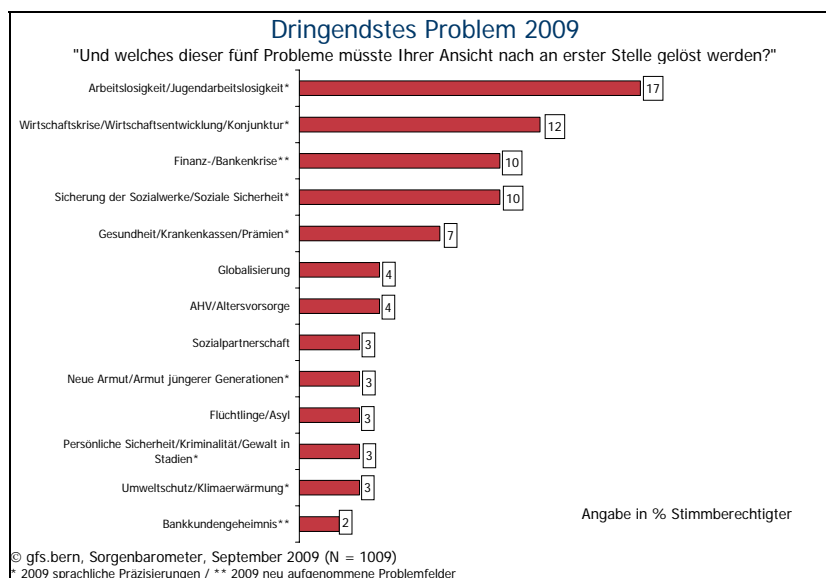
Die wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Jahre haben nicht nur bei der Beurteilung der Arbeitslosigkeit Spuren hinterlassen. Das 2009 neu aufgenommene Thema Finanz-/Bankenkrise wird von den befragten Stimmberechtigten momentan als fünftwichtigstes Problem eingeschätzt. Eine ähnlich hohe Bedeutung erhält das Thema Wirtschaftskrise/Wirtschaftsentwicklung/Konjunktur.

Die Themen persönliche Sicherheit/Kriminalität/Gewalt in Stadien, AusländerInnen/Integration/Personenfreizügigkeit und neue Armut/Armut jüngerer Generationen werden von mindestens zwei von zehn Befragten zu den fünf wichtigsten Problemen der Schweiz gezählt. Schliesslich gehören auch die Themen Flüchtlinge/Asyl, Umweltschutz/Klimaerwärmung und Löhne/Lohnschere zu den ersten zwölf genannten Problemen.

Wie in den vergangenen Jahren dominieren also auch 2009 innenpolitische Themen die Problemwahrnehmung der Stimmberechtigten. Zu den Themen des Gesundheits- und Sozial(versicherungs-)wesens gesellen sich nun als Folge der aktuellen Wirtschaftslage verstärkt ökonomische Fragen.

Dies gilt im Speziellen bei der Betrachtung der Dringlichkeit der Problemlösung. An erster Stelle der zu lösenden Probleme steht – wie bei der generellen Einschätzung der Bedeutung der Probleme – die Arbeitslosigkeit. Im Unterschied zur Rangierung der Probleme folgen ihr nicht Sozial(versicherungs)- und Gesundheitsthemen, sondern die Lösung von ökonomischen Problemen (Wirtschaftskrise und Finanz-/Bankenkrise). Nur gerade die Sicherung der Sozialwerke wird ähnlich dringend eingeschätzt wie die Lösung der ökonomischen Probleme. Das Bewusstsein für dieses Problem dürfte mit der Aktualität des Themas zusammenhängen: Die Befragung zum Sorgenbarometer 2009 fand im August und September statt, also vor der Abstimmung zur IV-Zusatzfinanzierung.

Grafik 5:



Unterschiede in der Problem-Rangierung und der Dringlichkeit der Problemlösung zeigen sich auch bei anderen Themen. So wird die Lösung von Problemen als dringlich eingeschätzt, die nicht unter den ersten zwölf genannten wichtigsten Problemen auftauchen. Dazu gehören Globalisierung, Sozialpartnerschaft und Bankgeheimnis, die von Minderheiten als an erster Stelle zu lösendes Problem bezeichnet werden.

Abbildung 1: Vergleich der Probleme nach Bedeutung und Dringlichkeit

Wichtigste Probleme	Dringendste Probleme
Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit	Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit
Gesundheitsfragen/Krankenkassen/Prämien	Wirtschaftskrise/Wirtschaftsentwicklung/Konjunktur
AHV/Altersvorsorge	Finanz-/Bankenkrise
Sicherung der Sozialwerke/Soziale Sicherheit	Sicherung der Sozialwerke/Soziale Sicherheit
Finanz-/Bankenkrise	Gesundheit/Krankenkassen/Prämien

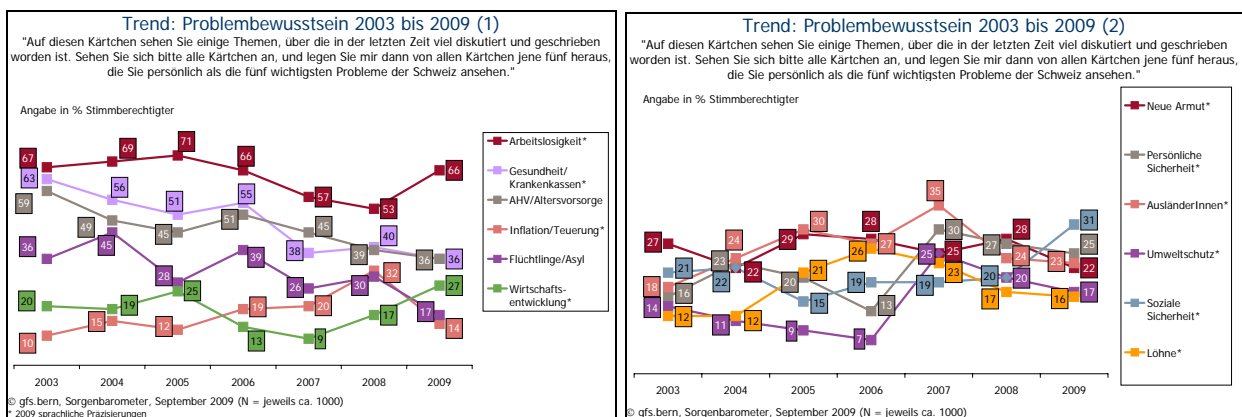
gfs.bern, Sorgenbarometer, September 2009

2.2.2 Problembewusstsein im Zeitvergleich

Auch wenn Arbeitslosigkeit über die Jahre hinweg als das wichtigste Problem betrachtet wurde, zeigt sich im zeitlichen Vergleich eine interessante Entwicklung: Von 2005 bis 2008 hat die Bedeutung des Themas kontinuierlich abgenommen, um nun wieder sprunghaft an Wichtigkeit zuzulegen. Das Thema Wirtschaftsentwicklung hat in den vergangenen zwei Jahren an Bedeutung gewonnen. Daraus wird deutlich: Die aktuelle Wirtschaftslage beeinflusst die Wahrnehmung der aktuellen Problemlage der Schweizer Stimmberechtigten.

Zugenommen hat innert Jahresfrist auch die Wichtigkeit der sozialen Sicherheit. Der sprunghafte Anstieg um elf Prozentpunkte von 2008 auf 2009 lässt sich zum einen dadurch erklären, dass das Thema zum Befragungszeitpunkt virulent war (Abstimmungskampf um die IV-Zusatzfinanzierung). Zum anderen dürfte aber auch die sprachliche Präzisierung der Thematik dazu geführt haben: Bis 2008 wurde das Themenfeld mit sozialer Sicherheit umschrieben. Für die Umfrage 2009 wurde es um den Ausdruck Sicherung der Sozialwerke ergänzt. Das Problemfeld wird dadurch genauer beschrieben, weshalb es den Befragten möglicherweise leichter fällt, eine klare Vorstellung der Problematik zu gewinnen.

Grafik 6:



Im Vergleich zu 2008 werden die Themen Löhne, persönliche Sicherheit, AusländerInnen, AHV/Altersvorsorge, Gesundheit/Krankenkassen und Umweltschutz ähnlich beurteilt. Deutlich an Bedeutung verloren haben Inflation/Teuerung und Flüchtlinge/Asyl. Die letztjährige relativ grosse Furcht vor einer möglichen Geldentwertung dürfte durch die effektiven Folgen der Wirtschaftskrise abgeschwächt worden sein, währenddem das Thema Flüchtlinge/Asyl momentan nicht stark politisiert wird.

Dass die Thematik Inflation/Teuerung im vergangenen Jahr eine Art Stellvertreterrolle für die aufgrund der Wirtschaftskrise eingetretene Verunsicherung eingenommen hatte, zeigte sich nicht zuletzt bei der Betrachtung des Profils der Personen, welche dieses Thema zu den Top-5 zählten. Vor allem Personen, die eine eher pessimistische Haltung gegenüber der eigenen Lebenswelt hatten, betonten die Bedeutung der Inflation. Auch bei Personen, die Arbeitslosigkeit als eines der wichtigsten Themen bewerten, ist eine gewisse pessimistische Einstellung, wenn auch nicht so stark ausgeprägt, gegenüber der eigenen Situation spürbar. Sie schätzen vor allem die eigene wirtschaftliche Situation momentan als schlecht ein, gehen aber davon aus, dass sie künftig besser werden wird. Oder anders gesagt: Bezogen auf die wirtschaftliche Entwicklung herrscht ein gewisser Optimismus vor.

Überdurchschnittlich oft als Problem genannt wird Arbeitslosigkeit von jüngeren Personen bis 29 Jahre. Dies kann als Hinweis auf die Probleme, mit denen junge Leute nach Ende der Ausbildung oder des Studiums momentan konfrontiert sind, verstanden werden.

Abbildung 2: Profil – Arbeitslosigkeit als Problem

Überdurchschnittliches Problembewusstsein	Unterdurchschnittliches Problembewusstsein
<ul style="list-style-type: none"> • Junge Personen (zwischen 18 und 29 Jahren) • CVP-SympathisantInnen und Partei-Ungebundenen • Personen mit einem Einkommen über CHF 9'000.- • Schlechte individuelle wirtschaftliche Lage • Bessere zukünftige individuelle Lage 	<ul style="list-style-type: none"> • FDP-SympathisantInnen

gfs.bern, Sorgenbarometer, September 2009

Über nur geringe Ähnlichkeiten verfügen das Profil der Personen, die Arbeitslosigkeit als eines der wichtigsten Themen betrachten und jenes der Personen, welche die Wirtschaftskrise/Wirtschaftsentwicklung zu den Top-Themen zählen. Sowohl in Zusammenhang mit dem Thema Arbeitslosigkeit als auch in Bezug auf die Thematik rund um die Wirtschaftsentwicklung bewerten Personen mit hohem Einkommen (über CHF 9'000.-) das Thema überdurchschnittlich häufig als Problem. Weitere Gemeinsamkeiten zeigen sich bezüglich Parteisymphathien: Bei beiden Themen sind es Partei-Ungebundene, die das Thema überdurchschnittlich oft als Problem bewerten und FDP-SympathisantInnen, die das unterdurchschnittlich häufig tun.

Abbildung 3: Profil – Wirtschaftskrise/Wirtschaftsentwicklung/Konjunktur als Problem

Überdurchschnittliches Problembewusstsein	Unterdurchschnittliches Problembewusstsein
<ul style="list-style-type: none"> • Partei-Ungebundene • Politisch rechts stehende Personen • Personen mit einem Einkommen über CHF 9'000.- 	<ul style="list-style-type: none"> • Personen mit tiefer Bildung • FDP-SympathisantInnen

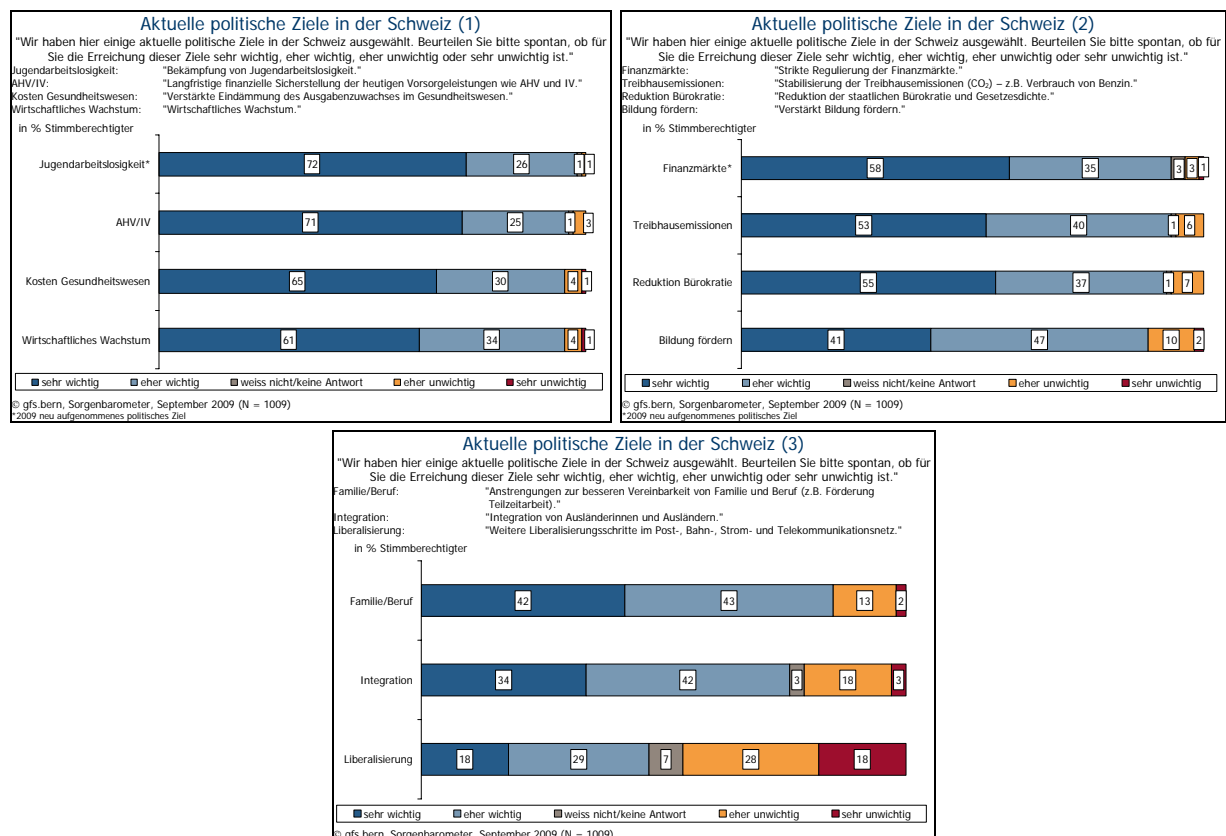
gfs.bern, Sorgenbarometer, September 2009

2.3 Politische Ziele der Schweiz

Bei einem Vergleich zwischen der Rangierung der Probleme und der Beurteilung der politischen Ziele sind einige Gemeinsamkeiten festzustellen. So wird beispielsweise das Ziel der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von fast drei Viertel der Stimmberechtigten als sehr wichtig eingeschätzt. Dies geht mit der Rangierung des Problems Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit auf Platz 1 einher.

Im Weiteren werden die langfristige finanzielle Sicherstellung der Vorsorgeleistungen, die Eindämmung des Ausgabenzuwachses im Gesundheitswesen, das wirtschaftliche Wachstum, die strikte Regulierung der Finanzmärkte sowie die Stabilisierung der Treibhausgasemissionen als sehr wichtige politische Ziele eingeschätzt – alles Ziele, welche auf die Lösung eines Teils der am zwölf meist genannten wichtigen Probleme abzielen. Nur gerade das mehrheitlich als sehr wichtig eingestufte Ziel der Reduktion der Bürokratie scheint momentan kein vordringliches Problem zu sein. Daraus folgt: Politische Ziele werden auch dann als wichtig wahrgenommen, wenn sie zur Lösung eines momentan nicht vordringlichen Problems beitragen.

Grafik 7:

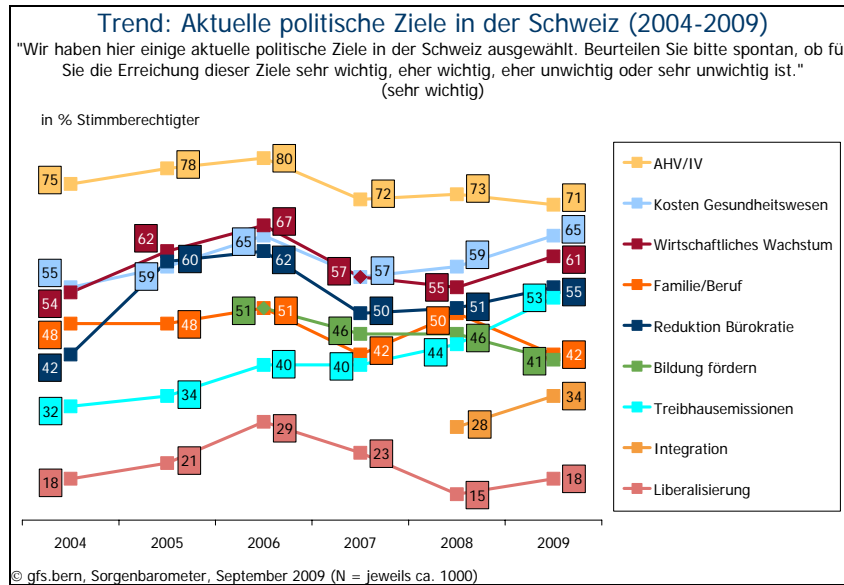


Ebenfalls als wichtig bezeichnet, wenn auch nicht mehr ganz so dezidiert, werden die politischen Ziele verstärkte Förderung der Bildung, bessere Vereinbarung von Familie und Beruf sowie Integration von Ausländern und Ausländerinnen. Nur gerade das Liberalisierungsziel erhält keine mehrheitliche Zustimmung.

Auch wenn Umweltschutz/Klimaerwärmung im zeitlichen Vergleich weniger häufig als eines der fünf wichtigsten Probleme bezeichnet wird, ist das Umweltbewusstsein nach wie vor vorhanden. Dies zeigt sich bei der Einschätzung des politischen Ziels Stabilisierung

der Treibhausmissionen, welches 2009 häufiger als sehr wichtig eingeschätzt wird als noch 2008 (+ 9 Prozentpunkte).

Grafik 8:



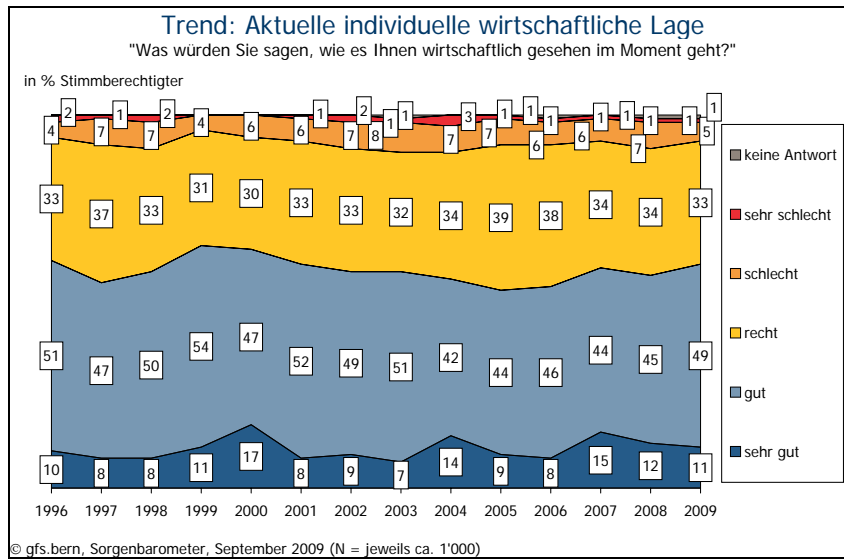
Andere innenpolitische Themen bleiben nach wie vor relevanter. Dies gilt zum Beispiel für die Kosteneindämmung im Gesundheitswesen und das wirtschaftliche Wachstum. Beide Ziele werden im laufenden Jahr öfters als sehr wichtig bezeichnet und reflektieren so die innenpolitisch aktuellen Themen. In Zusammenhang mit dem Ziel Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist kein eindeutiger Trend auszumachen. Denkbar ist, dass dieses Ziel je nach politischer Lage und diskutierten Themen einmal mehr und einmal weniger in den Vordergrund rückt.

2.4 Wirtschaftliches Umfeld

2.4.1 Individuelle wirtschaftliche Situation

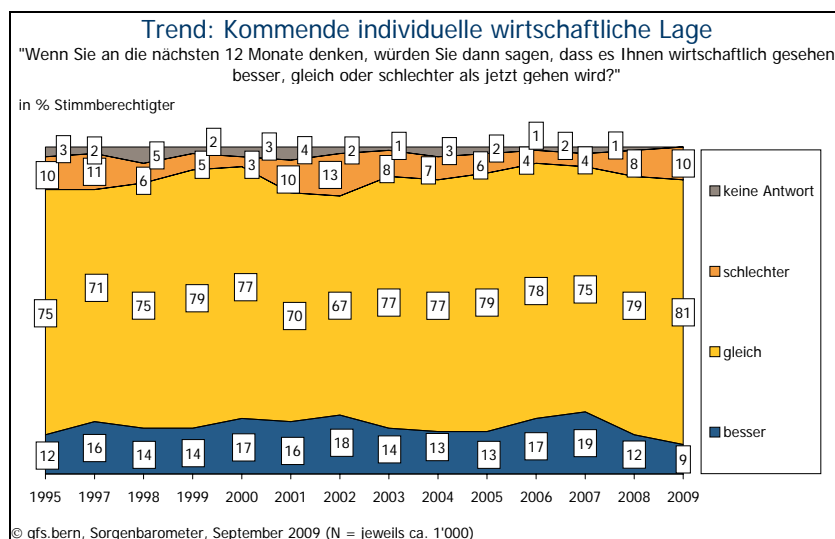
Einer Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten geht es 2009 sehr gut oder gut (60%); ein Drittel bezeichnet die aktuelle individuelle Lage als recht, währenddem es einer Minderheit von sechs Prozent schlecht oder sehr schlecht geht. Damit bleiben die Einschätzungen im Vergleich zum Vorjahr praktisch gleich.

Grafik 9:



Eine grosse Mehrheit geht im Weiteren davon aus, dass sich die eigene wirtschaftliche Situation in den kommenden zwölf Monaten nicht verändern wird. Nur Minderheiten erwarten eine Verbesserung oder eine Verschlechterung. Gerade in diesen beiden Aspekten sind im zeitlichen Vergleich Veränderungen festzustellen. Während der Anteil Personen, die von einer Verschlechterung der eigenen Lage ausgehen seit 2007 leicht zunimmt, nimmt der Anteil Personen, die eine Besserung erwarten, ab.

Grafik 10:

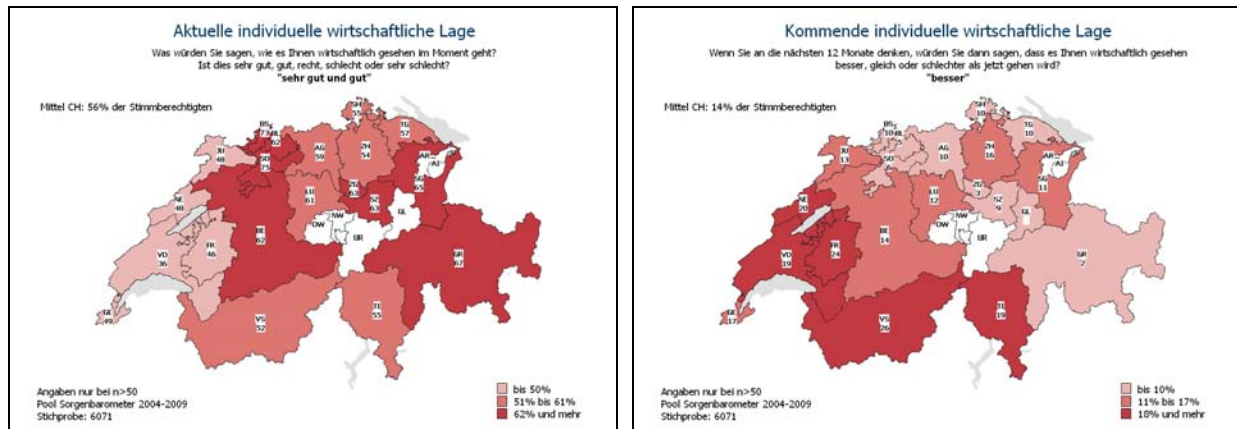


Die momentane Lage wird signifikant häufiger von Personen mit hoher Bildung und hohem Einkommen als gut bewertet. In der Tendenz erwarten junge Menschen eine weitere Verbesserung der Lage, währenddem ältere Menschen eher von einer Verschlechterung ausgehen. In Bezug auf die eigene künftige Entwicklung zeigt sich auch bezüglich Parteisympathien ein signifikanter Unterschied: So gehen SympathisantInnen der FDP. Die Liberalen davon aus, dass sich ihre eigene wirtschaftliche Lage in den kommenden zwölf Monaten verbessern wird; CVP-SympathisantInnen erwarten demgegenüber eine Verschlechterung ihrer Situation.

Auch ein sprachregionaler Unterschied ist feststellbar. So wird die momentane individuelle Lage von Personen aus der Deutschschweiz häufiger als gut bezeichnet als von Personen aus der Westschweiz. Dies geht einher mit den nach Kantonen gewonnenen Erkenntnissen

von 2006 bis 2009. Es sind vor allem Personen aus Basel Stadt, Basel Land, Bern, Graubünden, Solothurn, St. Gallen, Schwyz und Zug der Meinung, dass es ihnen wirtschaftlich gesehen gut geht. Diese Kantone sind denn auch in der Einschätzung der künftigen individuellen Lage zurückhaltender.

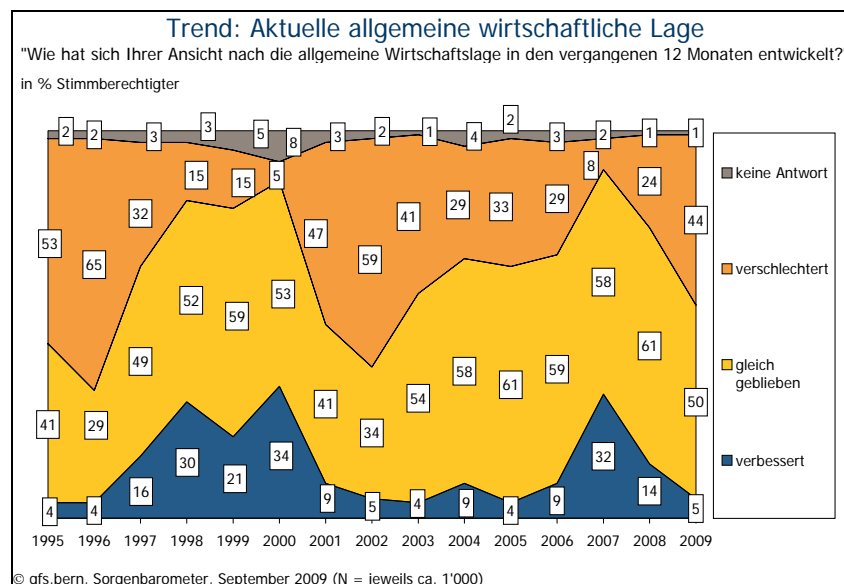
Grafik 11:



2.4.2 Allgemeine Wirtschaftslage

Die negativen Schlagzeilen bezüglich der Wirtschaftsentwicklung widerspiegeln sich deutlich in der Einschätzung der momentanen Wirtschaftslage. Ein Anteil von 44 Prozent ist der Meinung, dass sich die aktuelle Wirtschaftslage in den vergangenen zwölf Monaten verschlechtert hat. Die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass sie gleich geblieben ist. Fünf Prozent beurteilen die Wirtschaftslage optimistisch und sind der Meinung, die Lage habe sich innert Jahresfrist verbessert.

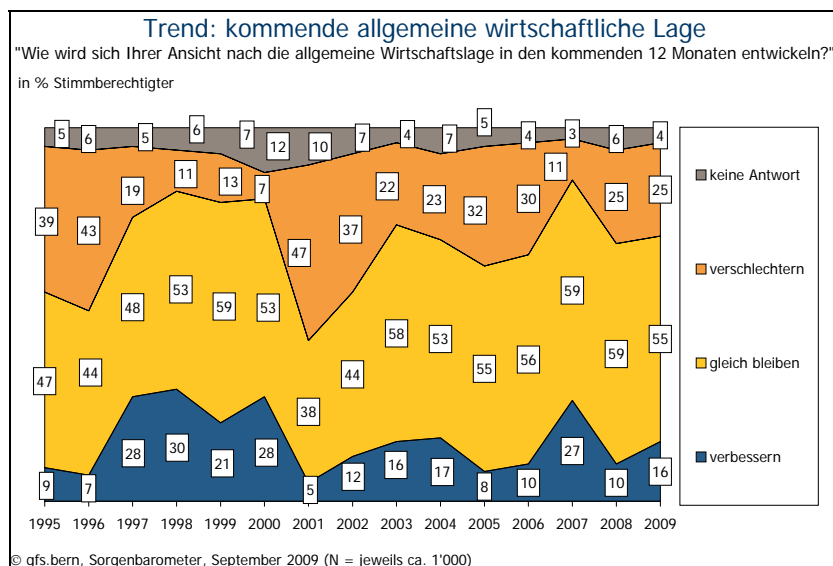
Grafik 12:



Klare Veränderungen der Einschätzung der Wirtschaftslage zeigen sich im zeitlichen Vergleich. 2007 war noch ein fast Drittel der Befragten der Meinung, dass sich die Wirtschaftslage verbessert hat; eine Verschlechterung wurde nur minderheitlich wahrgenommen (8%). Von 2007 auf 2008 verschwand diese positive Einschätzung bereits deutlich: Die Finanz- und Bankenkrise zog immer weitere Kreise. Nun, im Jahr 2009, sind die Fol-

gen der Wirtschaftskrise spürbarer, was auch die negativere Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage erklärt.

Grafik 13:



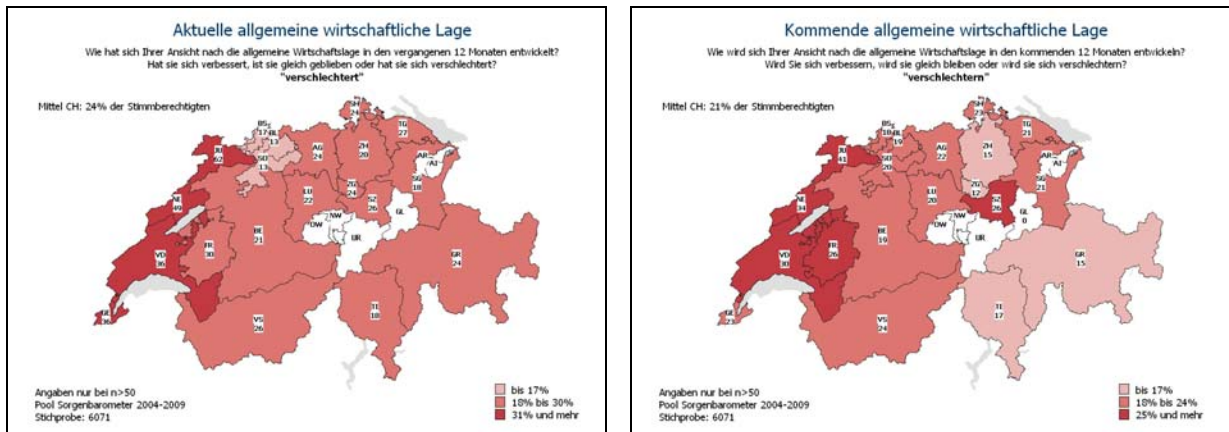
Die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage in den kommenden zwölf Monaten wird eher zurückhaltend beurteilt. Über die Hälfte der Befragten geht davon aus, dass die Wirtschaftslage im kommenden Jahr gleich bleiben wird. Eine pessimistischere Einschätzung der Entwicklung ist bei einem Viertel festzustellen. Optimismus im Sinne einer Verbesserung der Wirtschaftslage ist bei 16 Prozent vorhanden.

Somit bleibt die Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung in etwa gleich wie im Vorjahr, wobei der Optimismus wieder etwas grösser geworden ist.

Die allgemeine Wirtschaftslage sowie ihre Entwicklung in den kommenden Monaten werden von Personen mit tiefem Einkommen, einer schlechten individuellen Wirtschaftslage sowie einer erwarteten Verschlechterung der individuellen Lage signifikant häufiger negativ bewertet. Dies erstaunt nicht, dürften doch gerade diese Personengruppen unter einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage am stärksten leiden.

Ebenfalls signifikant häufiger negativ beurteilt wird die aktuelle und künftige Wirtschaftslage von in der Westschweiz lebenden Personen. Dies wird auch bei der Betrachtung der Ergebnisse nach Kantonen der Jahre 2004 bis 2009 deutlich. Die Anteile Personen, die der Meinung sind, dass sich die allgemeine Wirtschaftslage verschlechtert hat, sind in Genf, Jura Neuenburg und Waadt überdurchschnittlich hoch. In diesen Kantonen scheint auch die Skepsis in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung am grössten zu sein.

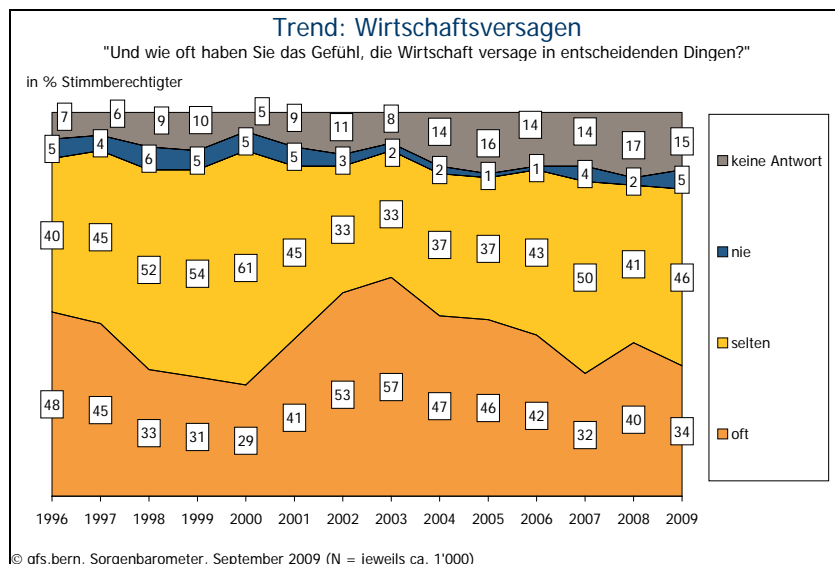
Grafik 14:



2.4.3 Wirtschafts- und Politikversagen

Trotz der globalen Finanzmarktkrise und ihren Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung ist das grundlegende Verhältnis der SchweizerInnen zur Wirtschaft nicht einfach eingebrochen. Der Anteil Personen, der ein eigentliches Wirtschaftsversagen festhält, ist im Jahresvergleich sogar etwas zurückgegangen. Damit hat sich der Anstieg, der sich in der ersten Phase des Schocks abzeichnete, nicht fortgesetzt. Oder anders gesagt: Trotz allgemeinen Problemen bleibt die Zuversicht mehrheitlich vorhanden, dass es möglich sein wird, die Schwierigkeiten zu beheben. Diese werden vielmehr als vorübergehendes Phänomen betrachtet. Weit stärker als Einschnitt wurden die Folgen der gescheiterten new economy und das Platzen der damit verbundenen dotcom-Blase erlebt. Aktuell gilt: Ein gutes Drittel der Stimmberechtigten ist der Ansicht, dass die Wirtschaft in entscheidenden Dingen oft versage. 46 Prozent schreiben ihr ein gelegentliches Versagen zu. Eine Minderheit von fünf Prozent findet, dass die Wirtschaft nie versage.

Grafik 15:

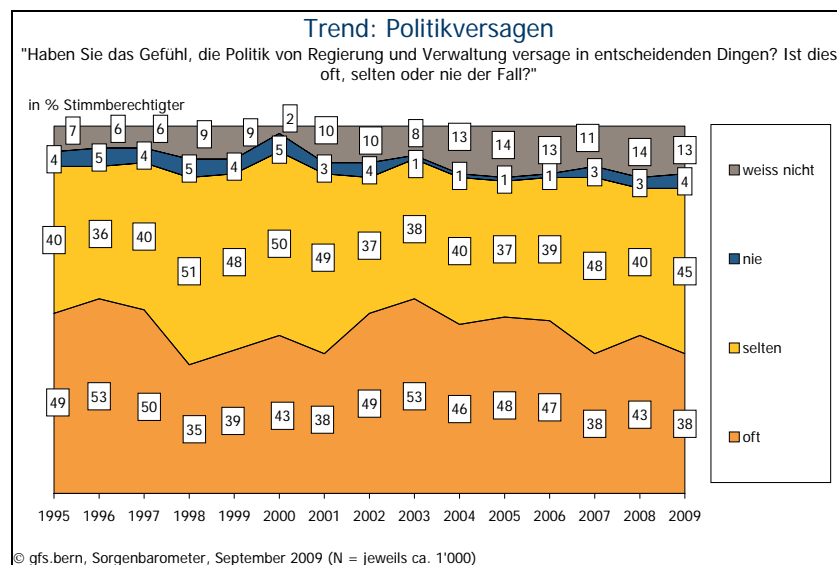


Die Beurteilung der Wirtschaft ist nicht alleine von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Vielmehr spielen auch individuelle soziodemografische Merkmale eine Rolle. So ist das Vertrauen in die Wirtschaft bei Personen mit hoher Bildung grösser. Zudem bestimmt auch die eigene wirtschaftliche Situation sowie die Bewertung der Wirtschaftslage eine Rolle: Personen, welche die eigene wirtschaftliche Situation sowie die allgemeine

Wirtschaftslage negativ beurteilen, sind häufiger der Meinung, dass die Wirtschaft oft versage. Ein weiterer Unterschied zeigt sich diesbezüglich auch nach Parteisympathie: CVP-SympathisantInnen gehen am häufigsten davon aus, dass die Wirtschaft nie versage. Bei SympathisantInnen der FDP, Die Liberalen und der SVP ist die Kritik an der Wirtschaft (Anteile "versagt oft") am grössten.

Ähnlichen, wenn auch weniger starken Schwankungen ausgesetzt sind die Urteile der Stimmberechtigten in Bezug auf die Politik. 2009 gehen 38 Prozent der Befragten davon aus, dass die Politik oft versage. Von einem seltenen Versagen sprechen 45 Prozent. Damit gilt auch hier: Der Bruch mit der eigenen Politik hat mit der Wirtschaftslage nicht zugenommen. Vielmehr zählt man darauf, dass die Politik helfen kann, die aktuellen Probleme zu bewältigen.

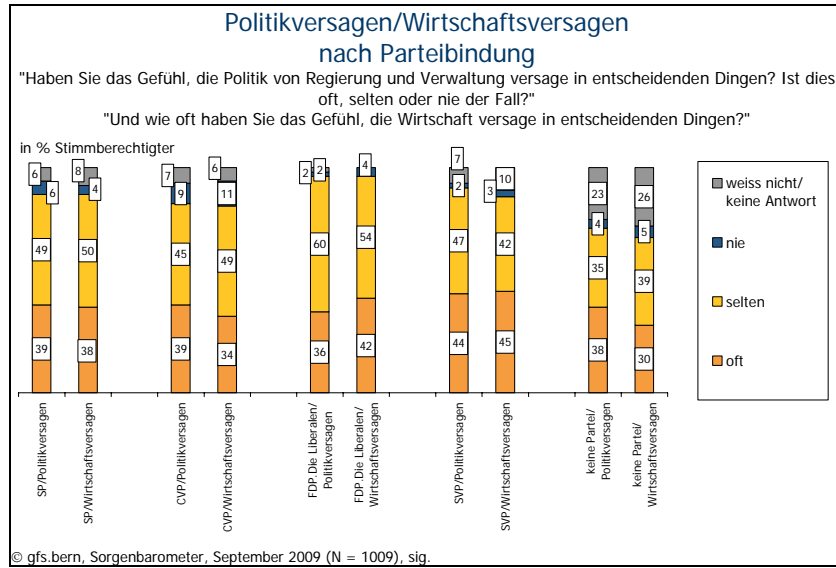
Grafik 16:



Wie beim Vertrauen gegenüber der Wirtschaft spielt auch hier die eigene wirtschaftliche Situation sowie die Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage und -entwicklung eine Rolle: Personen, denen es wirtschaftlich schlecht geht, die künftig eine Verschlechterung erwarten und die aktuelle und künftige Wirtschaftslage schlechter einstufen, gehen von einem häufigeren Politikversagen aus. Aber auch politisch rechts stehende Personen sowie SympathisantInnen der SVP sind signifikant häufiger der Ansicht, dass die Politik oft versage.

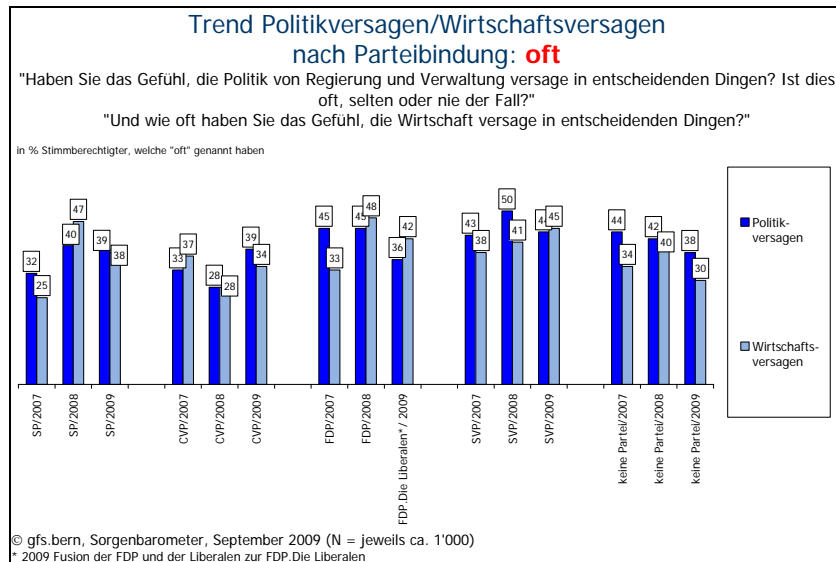
Generell zeigen sich in der Beurteilung des Wirtschafts- und Politikversagens zwischen den ParteisympathisantInnen nur wenige Unterschiede. SympathisantInnen der SVP gehen öfters von einem häufigen Politik- und Wirtschaftsversagen aus als die AnhängerInnen von anderen Parteien. Das Vertrauen in Politik und Wirtschaft ist demgegenüber bei FDP-SympathisantInnen am grössten. Ähnliche Beurteilungen sind bei SmympathisantInnen der SP und der CVP bezüglich Politikversagen festzustellen. In Bezug auf das Wirtschaftsversagen sind CVP-AnhängerInnen häufiger der Meinung, dass sie selten versagt.

Grafik 17:



Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich, dass SP- und FDP-SympathisantInnen sowie Personen ohne konkrete Parteipräferenz sowohl in die Politik als auch in die Wirtschaft wieder etwas grösseres Vertrauen haben und weniger häufig von einem Versagen ausgehen. Umgekehrtes gilt für SympathisantInnen der CVP: Hier sind die Anteile Personen, die von einem häufigen Versagen ausgehen, sowohl in Bezug auf die Wirtschaft als auch Politik gewachsen. Nicht so eindeutig ist die Stimmung bei AnhängerInnen der SVP. Sie gehen im Vergleich zum Vorjahr weniger oft von einem häufigen Politikversagen aus. In Bezug auf die Wirtschaft scheint das Vertrauen aber nach wie vor eher rückläufig zu sein.

Grafik 18:

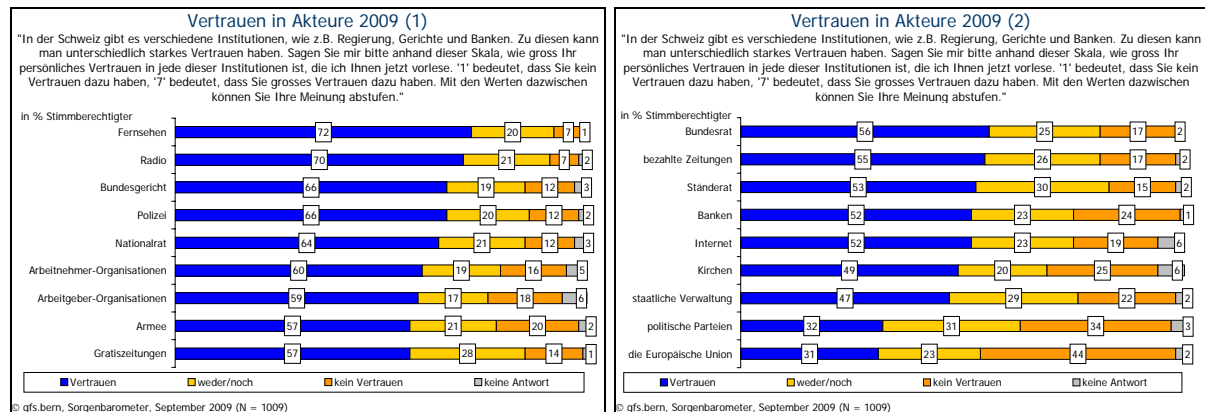


2.5 Vertrauen in politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Akteure

Während in den vergangenen Jahren mit dem Bundesgericht und der Polizei staatliche Institutionen am meisten Vertrauen geniessen konnten, stehen 2009 mit dem Fernsehen und dem Radio zwei Medien an oberster Stelle. Ihnen folgen die besagten staatlichen Institutionen an dritter Stelle. An vierter Stelle folgt mit dem Nationalrat eine weitere staatliche Institution, die bezüglich Vertrauen momentan hoch in der Gunst der Stimmberechtigten

steht. Auch der Armee, dem Bundesrat und dem Ständerat bringen die Befragten mehrheitlich Vertrauen entgegen.

Grafik 19:

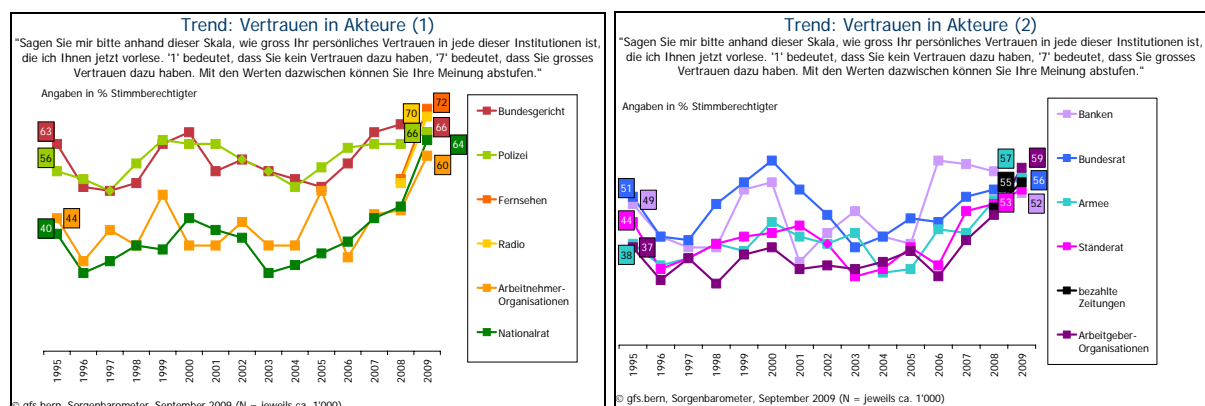


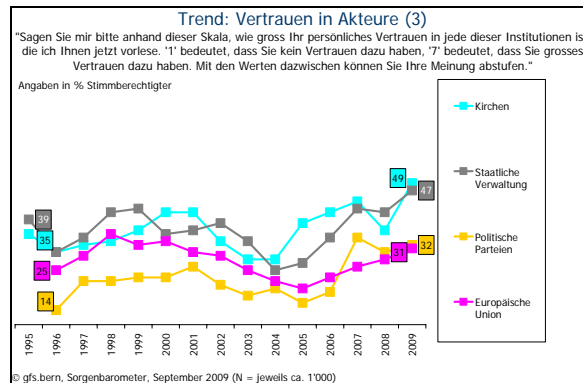
Von einem mehrheitlichen Vertrauen profitieren 2009 auch gesellschaftliche Akteure. Dazu gehören allen voran Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sowie Gratiszeitungen und bezahlte Zeitungen. Trotz den Entwicklungen der vergangenen Jahre geniessen auch Banken mehrheitliches Vertrauen. Minderheitlich wird Vertrauen den Kirchen, der staatlichen Verwaltung, politischen Parteien und der Europäischen Union entgegen gebracht.

Im zeitlichen Vergleich wird deutlich, dass 2009 fast alle abgefragten Akteure von einem höheren Vertrauen profitieren als 2008. Dies gilt im Speziellen für die zum zweiten Mal einzeln abgefragten Medien (Gratiszeitungen + 19 Prozentpunkte, Fernsehen + 18 Prozentpunkte, Radio + 17 Prozentpunkte) sowie die gesellschaftlichen Akteure Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen (je + 14 Prozentpunkte) und Kirchen (+ 13 Prozentpunkte). Bei den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen setzt sich somit der 2006 eingesetzte Trend fort. Neben den sinkenden Anteilen Personen, die kein Vertrauen in diese Akteure haben, ging auch der Anteil Personen, die sich nicht entscheiden konnten, über die Jahre hinweg zurück.

Von den politischen Akteuren kann vor allem der Nationalrat vom grösseren Vertrauen profitieren (+ 17 Prozentpunkte). Damit bestätigt sich auch hier ein bereits 2003 einsetzter Trend. Dem Nationalrat scheint es in den vergangenen Jahren immer besser gelungen zu sein, Vertrauen zu schaffen. Das rasche Handeln in der Krise könnte dazu beigetragen haben.

Grafik 20:





Eine weitere Vertrauenseinbusse mussten dagegen die Banken hinnehmen (-6 Prozentpunkte). Das 2006 zurück gewonnene Vertrauen der Bevölkerung ist seither stetig, innert Jahresfrist gar deutlich geschrumpft.

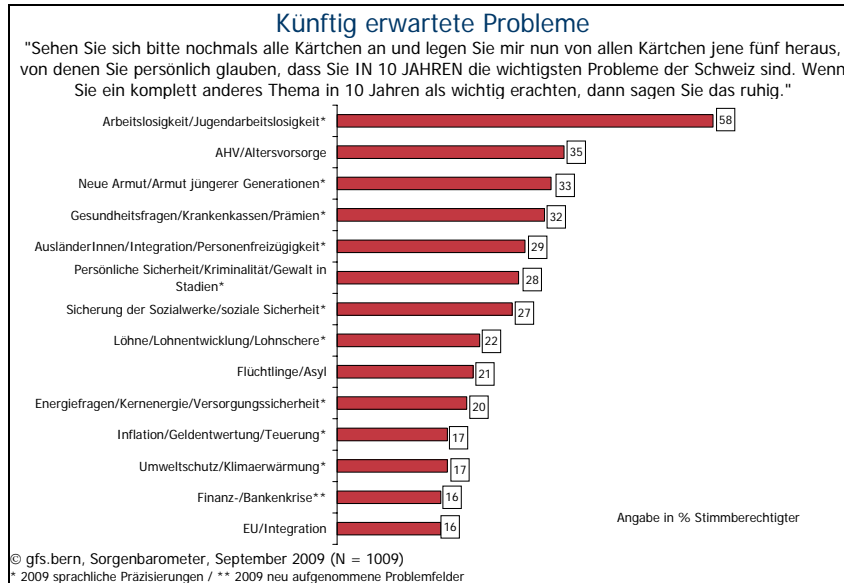
2.6 Ein Blick in die Zukunft: Erwartete Probleme

Grundsätzlich scheint die Schweiz trotz den Verunsicherungen der letzten Jahre in den Beurteilungen auf einem guten Fundament zu stehen: Der Wirtschaft und der Politik sowie verschiedenen Akteuren wird Vertrauen entgegen gebracht. Für die nahe Zukunft wird zwar nicht unbedingt von einer Verbesserung, aber auch nicht von einer weiteren Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage und der individuellen Situation ausgegangen. Dies sollte eine gute Basis sein, um die in der Einschätzung der Befragten fünf wichtigsten künftigen Probleme anpacken zu können.

Prinzipiell gehen die Stimmberechtigten davon aus, dass uns auch in zehn Jahren noch die gleichen Probleme beschäftigen werden wie heute. Allerdings verändert sich teilweise deren Virulenz. Nicht erstaunlich ist, dass Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit das am häufigsten genannte Zukunftsproblem darstellt. Auch wenn der Anteil Arbeitsloser in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern gering ist: Die Angst davor bleibt vorhanden, weshalb das Problem derart stark betont wird.

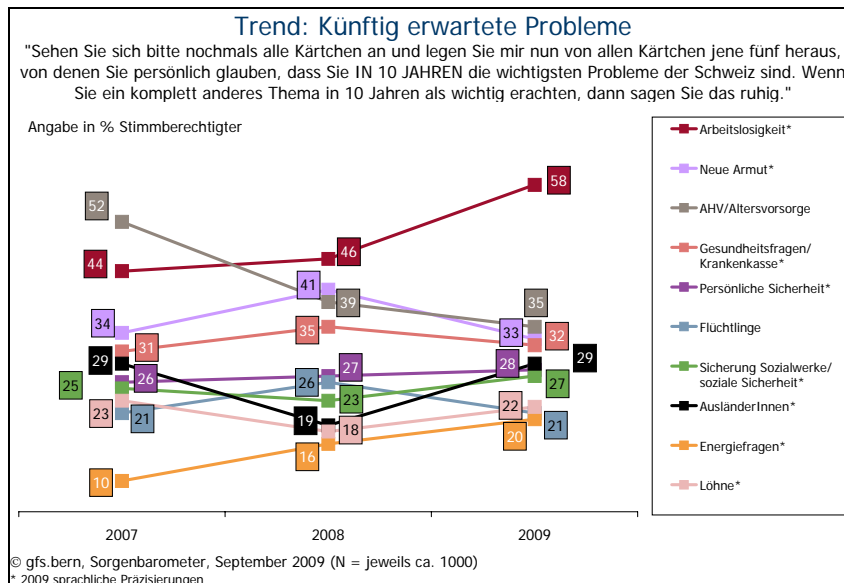
Auch sozialpolitische Probleme werden künftig erwartet, was sich in der häufigen Nennung der Problemfelder AHV/Altersvorsorge, Neue Armut/Armut jüngerer Generationen, Gesundheitsfragen/Krankenkassen/Prämien und Sicherung der Sozialwerke widerspiegelt. Aber auch Ängste bezüglich des Zusammenhalts der Gesellschaft sind erkennbar. So wird beispielsweise davon ausgegangen, dass AusländerInnen, persönliche Sicherheit, Löhne oder Flüchtlinge künftig zu den fünf wichtigsten Problemen des Landes zählen.

Grafik 21:



Bei einem Vergleich der Resultate der aktuellen Befragung mit jenen aus den vergangenen zwei Jahren zeigt sich, dass die Beurteilung der elf am häufigsten genannten Themen mit wenigen Ausnahmen über die Jahre hinweg ähnlich ist. Im Vergleich zu den Vorjahren wird Arbeitslosigkeit häufiger zu den fünf wichtigsten Problemen gezählt, währenddem AHV/Altersvorsorge weniger oft dazu gehört. Eine zunehmende Bedeutung zeigt das Problem Energiefragen.

Grafik 22:



Trotz der herrschenden Konstanz kann davon ausgegangen werden, dass grössere künftige Ereignisse (zum Beispiel Verschärfung Wirtschaftskrise, Umweltkatastrophen, Flüchtlingswellen, etc.) die Beurteilung der aktuellen als auch künftigen Problemlage beeinflussen werden.

3. Synthese

3.1 Rekapitulation der Fragestellungen

Mittels des Sorgenbarometers werden seit 1995 die Meinungen der Schweizer BürgerInnen bezüglich der Priorität und Dringlichkeit politischer Probleme und deren Entwicklungen beobachtet. Im Zentrum stehen dabei seit über zehn Jahren drei mehr oder weniger konstante Fragestellungen. Sie lauten:

- Was sind die wichtigsten, was sind die dringendsten Sorgen, welche die Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz haben?
- Wie nehmen sie das wirtschaftliche Umfeld wahr?
- Wie beurteilen sie die gesellschaftlichen und politischen Institutionen?

Bei der Beantwortung der Fragen sind nicht nur die aktuellen Ergebnisse, sondern auch die Trends von Interesse. Die Betrachtung erlaubt es, ein genaueres Bild über den Sorgenhaushalt der BürgerInnen über die Zeit hinweg zu gewinnen. Zudem können ihre Bestimmungsgründe sowie ihre Folgen auf die Beurteilung der Politik und Wirtschaft analysiert werden.

3.2 Rekapitulation der Ergebnisse

Wie in den vergangenen Jahren ist Arbeitslosigkeit auch 2009 das wichtigste Problem. Aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage und der damit verbundenen Verunsicherung fällt dieses Urteil umso deutlicher aus. Nicht erstaunlich ist auch die hohe Rangierung der Themen Finanz- und Bankenkrise sowie Wirtschaftslage/-entwicklung in der Problemrangliste. Aber auch Probleme rund um das Gesundheits- und Sozial(versicherungs-)wesen rangieren unter den als am wichtigsten wahrgenommenen Probleme der Schweiz. Die aktuelle Wirtschaftslage wirkt sich nicht nur auf die Problemrangierung, sondern auch auf die Einschätzung der Dringlichkeit der verschiedenen Probleme aus. So werden denn auch Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsentwicklung/-krise und Finanz-/Bankenkrise am häufigsten erwähnt.

Im zeitlichen Vergleich zeigen sich bezüglich Problemrangierung nur wenige Veränderungen. Aktuell werden Probleme, die in Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise stehen sowie aktuelle Themen (Sicherung Sozialwerke) etwas stärker betont als in vergangenen Jahren. Daraus folgt, dass die Wahrnehmung der Probleme und ihre Beurteilung nicht nur von den persönlichen Einstellungen der Stimmberechtigten abhängig sind, sondern vielmehr auch durch die Aktualität der Themenbereiche beeinflusst wird.

Ähnlichkeiten zeigen sich bezüglich der Einschätzung der Bedeutung von politischen Zielen und der Problemrangierung. Deutlich ist dies bei den Zielen resp. Problemen Jugendarbeitslosigkeit, aber auch für eine Reihe von sozial- und wirtschaftspolitischen Themen erkennbar. Auch die Beurteilung der politischen Ziele dürften von der aktuellen Wirtschaftslage beeinflusst werden. So zumindest können die feststellbaren zeitlichen Veränderungen erklärt werden. In Zeiten der Krise werden wirtschaftspolitische Ziele wichtiger als in konjunkturell guten Zeiten.

Kritisch sind die Einschätzungen der allgemeinen Wirtschaftslage. Eine Mehrheit ist zwar der Meinung, dass die Wirtschaftslage in den letzten zwölf Monaten gleich geblieben ist. Ein relativ grosser Teil der Stimmberechtigten (44%) nimmt demgegenüber eine Verschlechterung der Wirtschaftslage wahr. An der Stagnation der Wirtschaft wird sich nach Ansicht der Befragten in naher Zukunft mehrheitlich auch nichts ändern. Immerhin: Der Anteil Personen, die eine Verbesserung erwarten ist im Vergleich zu 2008 wieder leicht gestiegen.

Effektive Auswirkungen auf die persönliche wirtschaftliche Situation werden kaum festgehalten. Mehrheitlich geht es den Stimmberechtigten gut. Dies wird in der Einschätzung der Befragten überwiegend auch so bleiben. Trotzdem ist eine gewisse Zurückhaltung der Zukunft festzustellen: Im Vergleich zum Vorjahr gibt es 2009 mehr Personen, die davon ausgehen, dass es ihnen künftig schlechter gehen wird und weniger Personen, die von einer Verbesserung der eigenen Lage ausgehen.

Auswirkungen der momentanen Lage sind, wenn auch nicht mehr so deutlich wie noch 2008, auch bei der Beurteilung von Politik und Wirtschaft spürbar. Im vergangenen Jahr waren die Stimmberechtigten häufiger der Meinung, dass die Wirtschaft oft versage. Nach der ersten Verunsicherung ist die Skepsis gegenüber der Wirtschaft und Politik wieder leicht rückläufig.

Schliesslich hat das aktuelle Sorgenbarometer für 2009 ein hohes Vertrauen in verschiedene gesellschaftliche und politische Akteure zutage gebracht. Dies erstaunt, schwindet doch ansonsten in Krisenzeiten das Vertrauen in staatliche Akteure. Von einem dauerhaft hohen Vertrauen in die Politik, gerade in den Nationalrat, kann allerdings nicht unbedingt ausgegangen werden. Vielmehr ist denkbar, dass die Art und Weise, wie auf die Krise reagiert wurde (Verabschiedung von drei Konjunkturpaketen), kurzfristige positive Effekte hat. Zudem ist möglich, dass politische und gesellschaftliche Akteure, wie Medien oder Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, als Substitut für die momentan weniger vertrauenswürdigen wirtschaftlichen Akteure (zum Beispiel Banken) dienen.

3.3 Thesen

Die gewonnenen Erkenntnisse können zu folgenden Thesen verdichtet werden:

These 1:

Trotz der aktuellen Wirtschaftslage und der anerkannten Dringlichkeit der wirtschaftspolitischen Probleme dominieren – mit Ausnahme der Arbeitslosigkeit – sozialpolitische Themen die Problemrangierung; Probleme also, die seit mehreren Jahren zur politischen Themenagenda gehören.

These 2:

Die Gewichtung der politischen Ziele verändert sich in wirtschaftlichen Krisenzeiten nur wenig: Während wirtschaftspolitische Ziele kurzfristig wichtiger werden, bleiben sozialpolitische Ziele in der langen Frist gleich bedeutend.

These 3:

Die Stimmberechtigten rechnen zwar noch nicht mit einer Erholung der Wirtschaft, sind aber auch nicht grundsätzlich negativ eingestellt: Erwartet wird eine Stagnation mit der Hoffnung auf eine baldige Besserung.

These 4:

Deutlich unterschieden werden muss zwischen der Beurteilung der allgemeinen und der eigenen Wirtschaftslage. Auf diese haben sich die aktuellen Entwicklung fast nicht abgefärbt.

These 5:

Politische und gesellschaftliche Akteure haben über die Jahre immer mehr an Vertrauen gewonnen. Sie scheinen als Substitut für wirtschaftliche Akteure wie Banken zu dienen, die kontinuierlich an Vertrauen einbüßen.

These 6:

Auch wenn das Vertrauen in wirtschaftliche Akteure (Banken) abnimmt, wird der Wirtschaft per se wieder vermehrt mit Zuversicht begegnet. Oder anders betrachtet: Es ist nicht unbedingt die Wirtschaft als Ganzes, die oft versagt, sondern vielmehr einzelne Akteure.

4. Anhang: Das gfs.bern Team

[Identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler,
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, politische Kultur, politische
Kommunikation, Lobbying, öffentliche
Meinung, Rassismus, Gesundheits- und
Finanzpolitik.

[Identität]



LUKAS GOLDER

Politikwissenschaftler, Mitglied der
Geschäftsleitung, Senior-Projektleiter.
Schwerpunkte: Integrierte Kommunikations-
und Kampagnenanalysen, Medienwirkungs-
analysen, Abstimmungen, Wahlen, E-
Government.

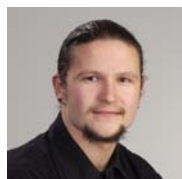
[Identität]



LAURA KOPP

Politikwissenschaftlerin, Projektleiterin.
Schwerpunkte: Analyse politischer Themen
und Issues, Evaluationen,
Gesellschaftsthemen, Feldaufträge,
international vergleichende Studien,
Qualitativmethoden, Text- und Inhaltsanalyse,
Abstimmungen und Wahlen, Publikationen im
Rahmen der VOX-Analyse und auf Internet.

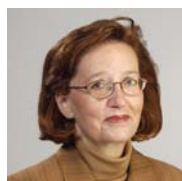
[Identität]



STEPHAN TSCHÖPE

Datenanalytiker/Programmierer.
Schwerpunkte: Komplexe Datenanalytik,
EDV- und Befragungsprogrammierungen,
Hochrechnungen, Parteienbarometer,
Visualisierung.

[Identität]



SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY

Administratorin.
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,
Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration.